

Protokoll

Sitzung Nr. 2
 Datum **Mittwoch, 25. April 2018**
 Ort Aula des Wahllackerschulhauses
 Zeit 19.30 bis 20.40 Uhr

Vorsitz	Markus Bacher	FDP 1
1. Vizepräsident	Rudolf Gerber	SP 1
Stimmzählende	Michael Fust Niklaus Marthaler	SP 1 SVP 1
Mitglieder	Marco Bucheli Markus Burren Matthias Kobel Bruno Mosimann Peter Nussbaum Fritz Pfister (<i>ab 19.35 Uhr</i>) René Ritter Samuel Tschumi	SVP 8
	Markus Dietiker Monika Flückiger-Brunner Kornelia Hässig Vinzens Hans-Jörg Rhyn Tharnan Selliah Petra Spichiger-Röllli Philip Steiner Patricia Zangger-Schöni	SP 8
	Patrick Heimann Marcel Remund Stefan Stock Johanna Thomann Lemann	FDP 4
	Jürg Jenni Beat Koch Peter Kofel Marceline Stettler-Schwenter Annette Tichy-Gränicher Bruno Vanoni	GFL 6
	Hans-Jörg Rothenbühler	BDP 1
	Andreas Buser	glp 1
	André Tschanz Karin Walker	EVP 2

	Toni Oesch	fdU 1
		<hr/>
		<hr/> 35 <hr/>
Abwesend	Martin Doriot Mario Morger Denise Mellert Roland Guggisberg Markus Hadorn	FDP 1 glp 1 SVP 1 SVP 1 BDP 1
Vertreter des Gemeinderats	Daniel Bichsel, Gemeindepräsident Mirjam Veglio, Vizegemeindepräsidentin Peter Bähler Sabine Huber-Spari Kurt Jörg Peter Traber Edi Westphale	
Sekretär	Stefan Sutter, Gemeindeschreiber	
Protokoll	Priska Iseli, Höhere Sachbearbeiterin	
Anzahl Zuhörende	0	
Anzahl Medien	2	

Geschäfte

6	Pro Protokoll Protokoll vom 31. Januar 2018.....	22
7	1.201.3 Finanzkommission Finanzkommission; Ersatzwahl	23
8	1.201.4 Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung; Ersatzwahl.....	23
9	36.6.11 Umweltkonzept 2000 Umweltwegweiser; Kenntnisnahme.....	23
10	1.92.1 Motionen Motion Monika Flückiger (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Veloverleihsystem auch für Zollikofen"; Erheblicherklärung	29
11	1.92. Parlamentarische Vorstösse Parlamentarische Eingänge	31

GROSSER GEMEINDERAT ZOLLIKOFEN

Markus Bacher
Präsident

Stefan Sutter
Sekretär

Priska Iseli
Protokollführerin

Verhandlungen

Begrüssung

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Geschätzte Ratskolleginnen und -kollegen. Ich begrüsse euch zur April-Sitzung. An der angeregten Diskussion merkt man, dass man sich zwei Monate lang nicht gesehen hat und es ist schön, zu sehen, wie man sich hier rege austauscht. Also in dem Sinne nach einer Pause treffen wir uns wieder im April. Wir könnten jetzt sagen, wir haben für die Grossratswahlen Raum geschaffen im Februar/März. Damit die Kandidierenden auch Zeit hatten und sich nicht noch mit der Kommunalpolitik beschäftigen mussten oder durften. An dieser Stelle herzliche Gratulation an alle, die gewählt worden sind. Diejenigen, welche es nicht geschafft haben, trotzdem ein Merci, dass sie sich engagiert haben für die Politik, für den Kanton und wer weiss, vielleicht klappt es ein nächstes Mal. Ihr seht, wir sind im neuen Saal, in der Übergangsdependance, wir kommen einander ein bisschen näher. Wir gehen davon aus, dass es ein bisschen wärmer wird, weil es ein bisschen enger ist. Was wir im Moment nicht haben ist W-Lan, aber wir arbeiten daran. Somit ist die Sitzung eröffnet. Ich begrüsse den Gemeinderat, die Vertreter der Presse, Zuhörer aktuell keine. Und ganz besonders begrüsse ich, neu unter uns, Beat Koch von der GFL. Er nimmt Einsitz im GGR für Alain Jenni, der uns im Januar darüber informiert hat, dass er demissioniert. Er zieht weg von Zollikofen, oder ist schon per Ende März, nach Bern. Wir danken ihm an dieser Stelle für sein Engagement in der Feuerwehr und im Parlament und freuen uns, ihn weiterhin als Polizist bei uns auf dem Posten anzutreffen. Beat Koch rückt auf der Liste der GFL als Ersatzmitglied nach, im Sinne der Transparenz, Niklaus Schranz wie auch Brigitte Kürsteiner haben die Wahl abgelehnt. Herzlichen Dank, dass du das übernommen hast. Aktuell sind wir 34 Ratsmitglieder und somit beschlussfähig. Entschuldigt sind: Martin Doriot, Mario Morger, Roland Guggisberg, Denise Mellert und Markus Hadorn.

Mitteilungen

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir haben ein paar Unterlagen auf dem Tisch, einerseits zwei alt bekannte Unterlagen für die Sitzung im Mai, der Jahresbericht und die Jahresrechnung 2017. Ausserdem die Einladung für den Festakt für das 45-Jahr Jubiläum mit unserer Schwestergemeinde Neudörfli. Dazu sind natürlich alle herzlich eingeladen.

Gemeinderat Peter Traber (SP): Gerne informiere ich Sie über die Umsetzung des Postulats "Mobile Separatsammlungen von Sonderabfällen" von Kornelia Hässig. An der GGR-Sitzung vom 18. Oktober 2017 hat das Parlament dieses Postulat erheblich erklärt. An seiner Sitzung vom 26. Februar 2018 hat der Gemeinderat den Rahmen für einen einjährigen Versuchsbetrieb festgelegt. Dazu folgende Informationen:

- Die Dienstleistung Mobile Separatsammlung wird von der Entsorgung und Recycling Bern, zusammen mit deren Partnerfirma Atola AG, erbracht.
- Die Sammlung erfolgt an 4 Samstagen, zwischen 08.30 und 13.30 Uhr.
- Die Sammlung wird in den Monaten Januar, April, Juni und Oktober durchgeführt.
- Als Sonderabfälle werden Farbabfälle, Speise- und Altöl sowie Reinigungsmittel entgegengenommen.
- Die erste Sammlung erfolgt im Oktober 2018.
- Standort: Rebstockplatz in Unterzollikofen.
- Die Sammelstelle wird jeweils von zwei Personen bedient, damit die Personensicherheit und die Kundenbetreuung gewährleistet sind.

Wir gehen heute davon aus, dass die Kosten für den Versuchsbetrieb bei Fr. 6'500.00 liegen werden. Im Zusammenhang mit der Abfallentsorgung habe ich noch eine weitere Information zum Eröffnungszeitpunkt der neuen Mehrzwecksammelstelle Hubelgut der AREC. Die Eröffnung erfolgt voraussichtlich per 1. August 2018. Die Verschiebung, ich habe am Osterbott

informiert, dass es per 1. Juni sein wird, ergibt sich weil das Amt für Wasser und Abfall für die Abklärungen zur Betriebsbewilligung nach dem Umbau etwa einen Monat zusätzlich benötigt.

19.35 Uhr: Fritz Pfister (SVP) trifft ein. Es sind 35 Ratsmitglieder anwesend.

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP): Am 15. Januar von diesem Jahr hat der Grosse Gemeinderat dem Verpflichtungskredit von 1,38 Mio. Franken für die Sanierung und Raumerweiterung der Aula Sekundarstufe I zugestimmt. In seinem Bericht hat der Gemeinderat in den Unterlagen aufgeführt, dass zur Kostenberechnung ein Richtprojekt ausgearbeitet wurde und nach der Kreditgenehmigung das eigentliche Projekt unter Einbezug der Vereine, welche die Aula häufig benutzen, ausgearbeitet wird. Das beauftragte Architekturbüro hat in der Folge eine Möglichkeit der Raumerweiterung aufgezeigt, die vom Richtprojekt, welches dem GGR vorlag, etwas abweicht. Das übergeordnete Ziel, die Raumerweiterung so zu gestalten, dass für die Vereine eine wesentliche Verbesserung zur Durchführung bei Anlässen entsteht, wird auch mit diesem Projekt bestens erfüllt. Die involvierten Vereine wurden miteinbezogen und unterstützen die Änderung, wie vom Architekturbüro vorgeschlagen, ausdrücklich. Der Gemeinderat hat am letzten Montag der Projektänderung ebenfalls zugestimmt hat.

Traktandenliste

Gemeinderat Edi Westphale (GFL): Es geht um die Traktandenliste, Punkt 4, Einbürgerungsreglement. Ich ziehe dieses Traktandum zurück, und zwar nicht, weil wir gegen das Reglement sind. Es hat hier einen Passus drin, welcher nicht ganz stimmig ist. Sinn und Zweck des Einbürgerungsreglements war ja eigentlich Artikel 3, Abs. 2, dass neben den definitiv veranlagten Steuerschulden auch die provisorischen Akontosteuerrechnungen fristgerecht zu bezahlen sind, also, vor der Einbürgerung. Wir haben gesehen, dass wenn ein Schweizer das Bürgerrecht von Zollikofen möchte, dort übergeordnet eigentlich keine grossen Hürden sind, deshalb haben wir den Artikel 2 hinzugefügt, welcher eigentlich alles beinhaltet, was eine Ausländerin oder ein Ausländer ebenfalls schon haben muss, übergeordnet geregelt. Auf die Frage der GPK, ob das wirklich 1:1 identisch ist, war meine erste Bemerkung, ja, natürlich und erst im zweiten, also im detaillierten Nachsehen mussten wir feststellen, dass es eben nicht ganz so ist. Z. B. sagen wir im Artikel 2 lit b. kein Eintrag im Strafregister und das ist eigentlich bei Ausländerinnen und Ausländern auch so, jedoch gibt es ein paar wenige Ausnahmen, dass eben dort ein Eintrag trotzdem drin sein kann und sie trotzdem das Bürgerrecht erhalten können. Und wenn wir das jetzt 1:1 übernehmen würden dann wäre das eigentlich bei den Schweizern eine Verschärfung gegenüber dem Ausländer und das ist nicht Recht. Aus diesem Grund werden wir das Reglement jetzt zurückziehen, beraten uns neu, setzen es neu auf, kommt neu in die Sicherheitskommission und in den Gemeinderat und dann, nach den Sommerferien, leicht angepasst nochmals in den GGR. Aber so, dass wir sicher sind, dass es auch "verhebt" und dass Schweizerinnen und Schweizer gleich behandelt werden wie Ausländerinnen und Ausländer. Falls Ihr dazu noch weitere Bemerkungen habt, bitte lasst es noch einfließen bei der Sicherheitskommission, oder direkt bei mir.

Beschluss

Die Traktandenliste wird genehmigt (ohne Traktandum 4).

6 Pro Protokoll

Protokoll vom 31. Januar 2018

Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

7 1.201.3 Finanzkommission

Finanzkommission; Ersatzwahl

Markus Dietiker (SP): Die SP-Fraktion schlägt Ratheeshan Gunaratnam für die Finanzkommission vor.

Wahl

Gestützt auf Art. 56 GOGGR gilt Ratheeshan Gunaratnam als Mitglied der Finanzkommission als in Stiller Wahl gewählt.

8 1.201.4 Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung

Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung; Ersatzwahl

Marcel Remund (FDP): Die FDP schlägt Benjamin Kaeser als neues Mitglied vor.

Wahl

Gestützt auf Art. 56 GOGGR gilt Benjamin Kaeser als Mitglied der Kommission Tiefbau, Ver- und Entsorgung als in Stiller Wahl gewählt.

9 36.6.11 Umweltkonzept 2000

Umweltwegweiser; Kenntnisnahme

GPK-Sprecher Samuel Tschumi (SVP): Die GPK hat folgende Bemerkungen oder Fragen. Seite 2, Ziffer 4 im Bericht und Antrag "Energiestadt": Im zweiten Satz werden die Re-Audits von "2006, 2015 und 2015" erwähnt. Richtig ist "2006, 2010 und 2015". Weiter auf Seite 2, Ziffer 5 "Finanzielle Auswirkungen": Es wird ein jährlich aufgewendeter Beitrag von Fr. 6'000.00 erwähnt, von welchem rund Fr. 2'600.00 für die Mitgliedschaft benötigt werden. Für was wird die Differenz von rund Fr. 3'400.00 verwendet? Wie werden die Fr. 10'000.00 für das Re-Audit verwendet? Wer ist / sind die GeldempfängerInnen?

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP): Ich komme zu den Fragen der GPK.

Zu den Jahreszahlen der Re-Audits: Die Anmerkung der GPK ist korrekt. Die richtigen Jahreszahlen sind 2006, 2010 und 2015.

Zur Frage nach der Verwendung der über den Mitgliederbeitrag hinausgehenden finanziellen Mittel: Das variiert von Jahr zu Jahr. Im 2018 wird z. B. die Aktion "Bike to Work" über diesen Posten finanziert, letztes Jahr war es der Info-Anlass für die Bevölkerung zu Energieeffizienz am Gebäude.

Zur dritten Frage über die Fr. 10'000.00 für das Re-Audit: Der Verein Energiestadt ist ein Trägerverein und verfügt über eine Auswahlliste von externen Büros, die befähigt sind, das Re-Audit durchzuführen. Die Gemeinde ist frei, das Büro zu wählen, welches sie berücksichtigen möchte. Das Re-Audit selber unterliegt einem klar vorgegebenen Prozess und die Kosten belaufen sich eben alle vier Jahre auf Fr. 10'000.00.

GPK-Sprecher Samuel Tschumi (SVP): Wir haben eine Frage zum Umweltkonzept, Bilanz, Seite 11, BO 2, "Kompostabgabe und Kompostberatung": Besteht das Angebot der Kompostabgabe und Kompostberatung auch mit der Eröffnung der neuen Mehrzwecksammelstelle weiter? Seite 12, BO 6, "gemeindeeigener Rasen": Was ist unter gemeindeeigener Rasen zu verstehen? Seite 12, IN 3, "Lokale Agenda 21": Was ist die lokale Agenda 21?

Zum Umweltwegweiser: Seite 5, 4.3 "Zusammenarbeit": Wer ist die regionale Energieberatungsstelle? Welche Leistungen werden erbracht? In welchem Umfang beteiligt sich die Gemeinde Zollikofen daran? Seite 9, "Umsetzungscontrolling": Wer ist mit der Durchführung des

Controllings beauftragt? Das Controlling kann wohl nicht durch den Gemeinderat selber erfolgen. Ansonsten müsste die Überschrift eher als Standortbestimmung zur Umsetzung (Überprüfung) benannt werden. Die GPK dankt für die sehr gut strukturierten und informativen Dokumente.

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP): Ich gebe gerne Antwort auf die Fragen.

1. Kompostabgabe / Kompostberatung: Auch nach der Auslagerung bleibt die Dienstleistung wie heute erhalten. Kompostberatung fand auch heute keine statt, auf einer Infotafel sind die wichtigsten Punkte aufgeführt.

2. Was ist unter gemeindeeigener Rasen zu verstehen: Das Wort sagt es aus. Es handelt sich hierbei um Rasen im Besitz der Gemeinde. Z. B. bei den Schulanlagen, vor dem Verwaltungsgebäude, etc. Dort, wo die Gemeinde Eigentümerin und für den Unterhalt zuständig ist.

3. Was ist die lokale Agenda 21? Der Begriff stammt aus den 90er Jahren. Er steht für lokale, nachhaltige Tätigkeiten, die ein gesundes Leben unter fairen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen fördern.

4. Frage zur regionalen Energieberatungsstelle: Auftraggeberin der Öffentlichen Energieberatungsstelle Region Bern ist die Regionalkonferenz Bern-Mittelland, Zollikofen gehört dazu und 84 weitere Gemeinden. Partner sind die BVE des Kantons Bern und Energie Schweiz. Beratungen werden vor allem bei Energiefragen gemacht und für Private wie KMU's. Sie unterstützen uns auch z. B. bei Anlässen für die Bevölkerung in Zollikofen oder bei Fragen wie z. B. "wie kann ich mein Haus wärmeeffizient gestalten, was kann ich für energietechnische Sanierungen machen", etc. Die Finanzierung ist für alle Gemeinden klar vorgegeben nach einem Schlüssel, das sind jährlich Fr. 0.50 pro EinwohnerIn. Für Zollikofen also ca. Fr. 5'000.00.

5. Wer ist mit der Durchführung des Controllings beauftragt: Unter Controlling verstehen wir eine Steuerung und die erfolgt sehr wohl durch den Gemeinderat. Der Gemeinderat steuert eigentlich alle seine Papiere und unterzieht die Leitsätze in einem gewissen Intervall, alle 4 Jahre, einer Prüfung und ändert bei Bedarf die Richtung.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir kommen zur Debatte. Da die Geschäfte eng miteinander verknüpft sind werden wir diese gemeinsam, in einem Aufwisch, beraten. Einerseits haben wir ja die Kenntnisnahme Bilanz zum Umweltkonzept und den neuen Umweltwegweiser. In diesem Sinne ist es eine Kenntnisnahme, wir können es nicht ändern. Zum anderen werden wir über das Postulat von Bruno Vanoni, wie gewohnt, abstimmen.

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP): Mit dem vorliegenden Umweltwegweiser erfüllt der Gemeinderat ein Postulat, das vor etwas länger als 8 Jahren von diesem Rat überwiesen wurde. Es hat in dieser Zeit verschiedene Anläufe gegeben, das Umweltkonzept aus dem Jahr 2000 zu aktualisieren. Der jüngste Anlauf ist knapp ein Jahr alt, weshalb auch dieser eine Kurskorrektur erfahren musste, lege ich später noch offen. Ich glaube, wir wissen inzwischen alle, dass wir Sorge zu unserer Natur und Umwelt tragen müssen. Die Wetterkapriolen, wie extreme Dürre oder Überschwemmungen halten uns die ungeschminkten Auswirkungen der Klimaveränderung vor Augen. Es ist ein Fakt, dass unsere Gletscher schmelzen und der steigende Meeresspiegel Teile von Inseln untergehen lässt. Ein globales Problem, das unter anderem mit dem Pariser Klimaabkommen angegangen werden soll. Die Schweiz hat das Abkommen 2017, wie viele andere Staaten ebenfalls, ratifiziert. In den letzten 20 Jahren sind deshalb zu Recht auf allen Ebenen der Schweiz (Bund, Kantone und Gemeinden) neue Gesetze und Regelwerke im Sinne des Klima- und Umweltschutzes entstanden. Kommen wir von der globalen Bühne wieder zurück auf die lokale. Heute Abend stehen zwei Dokumente zur Kenntnisnahme an, ich beginne mit der Bilanz. Mit diesem Dokument legt der Gemeinderat detailliert Rechenschaft über alle Massnahmen ab, die im ursprünglichen Umweltkonzept aufgelistet waren. Viele sind erfüllt, andere haben den Status einer Daueraufgabe und sind in neuere Pläne eingeflossen und einige wenige sind nicht erfüllt und bewusst verworfen worden. Mit dieser Bilanz wird das Umweltkonzept aus dem Jahr 2000 abgeschlossen.

Ich komme zum Dokument Umweltwegweiser. Ich habe eingangs den Kurswechsel des jüngsten Anlaufs zur Aktualisierung des Umweltkonzepts angetönt. Warum war dieser nötig? Wir

haben im Austausch in der Kommission und im Gemeinderat rasch bemerkt, dass die inhaltlichen Diskussionen zu den Themen Energie, Natur, Landschaft oder auch Verkehr und Mobilität im Rahmen der Ortsplanungsrevision bereits stattgefunden haben. Die verschiedenen Richtpläne sind durch ihren Entstehungsprozess politisch breit abgestützt und somit legitimiert. Wir können nicht ein Jahr später inhaltlich alles auf den Kopf stellen und in einem anderen Papier abweichende Aussagen machen – das ist nicht glaubwürdig. Deshalb hat sich der Gemeinderat für die Konzipierung im Sinne eines Umweltwegweisers entschieden. Er verweist darin auf die bestehenden Instrumente der Gemeinde hin, unter anderen auch auf die Richtpläne, auf weitere kommunale Instrumente, aber auch auf übergeordnete Gesetze und Vorgaben. Die politischen Aussagen sind in den Leitsätzen zu finden und bringen die grundsätzliche Haltung der Gemeinde zum Ausdruck. So will die Gemeinde z. B. weiterhin Trägerin des Energiestadt Labels sein und wird sich alle vier Jahre einem Re-Audit stellen. Ein wichtiger Punkt ist für mich: Der Umweltwegweiser ist in die bestehenden Instrumente der politischen Führung eingebunden. Das ist für mich ein hoher Garant dafür, dass es sich nicht um einen Papiertiger handelt, sondern um eine Sache, die man wirklich anpackt.

Der Gemeinderat ist überzeugt, mit dem Umweltwegweiser ein praxistaugliches Instrument geschaffen zu haben, das ähnlich einem Puzzleteil die bestehenden, politischen Führungsgrundlagen ergänzt. Er beantragt euch Kenntnisnahme der Dokumente und Abschreibung des Postulats Bruno Vanoni.

Bruno Vanoni (GFL): Das heutige Geschäft, Mirjam hat es gesagt, geht zurück auf einen Beschluss, den der Grosse Gemeinderat vor gut acht Jahren gefällt hat. Ich will jetzt nicht auf die lange Leidensgeschichte zurückkommen und in der Vergangenheit grübeln, obwohl das auch interessant wäre. Es ist wirklich ein Stück weit auch eine Trauergeschichte des Vorhabens, aber wie gesagt, ich möchte zu den vorliegenden Resultaten Stellung nehmen, im Namen der Fraktion. Wir sind eigentlich überrascht, dass jetzt nicht eine Aktualisierung des Umweltkonzepts vorliegt, sondern ein neuer Umweltwegweiser. Offenbar, und das hat Mirjam vorhin auch erwähnt, hat der Gemeinderat nach siebeneinhalb Jahren einen Konzeptions-, respektive Kurswechsel beschlossen: kein Konzept mehr, sondern neu einen Wegweiser. Ich weiss nicht, ob man die vorgebrachten Begründungen auch ein bisschen zusammenfassen könnte mit dem Schlagwort "man hat der zuständigen Fachkommission das Konzept aus der Hand genommen und selber angefangen daran zu arbeiten". Wie auch immer. Ich nehme das neue Instrument beim Wort und orientiere mich an der Vorstellung, die wir alle haben von einem Wegweiser. Es gibt sogar amtliche Dokumente, die seitenfüllend beschreiben, wie ein Wegweiser sein muss und welche Funktionen er zu erfüllen hat. Und gemäss dem offiziellen Handbuch über die Wanderwegweiser geht's zuerst einmal darum, dass ein Wegweiser am richtigen Ort steht, ein gutes Fundament hat oder sonst gut befestigt ist.

Als Fundament des Umweltwegweisers können wir die gezogene Bilanz betrachten. Dies ist ja eine Art Standortbestimmung, wo stehen wir, wo kommt der Wegweiser hin. Hinter dieser Bilanz anerkennen wir, es ist viel Arbeit, es wurde aufgezeigt, was in den Jahren 2000 bis 2017 gemacht worden ist, mit den Massnahmen, die im Umweltkonzept gestanden sind. Wir anerkennen auch, dass viel gemacht worden ist, insbesondere im Energiebereich, aber es ist immer noch zu wenig gemessen am gesteckten Ziel. Gerade wegen der globalen Ziele, die Mirjam am Anfang beschrieben hat.

Wir sind aber nicht ganz einverstanden mit der Bewertung des Stands der Massnahmen. Es gibt Massnahmen, welche als erledigt bezeichnet werden, obwohl sie bisher nur von Fall zu Fall umgesetzt worden sind und das sind Massnahmen, welche eigentlich in Zukunft weiter und nicht nur von Fall zu Fall verfolgt werden müssten. Aus unserer Sicht wären das auch Daueraufgaben. Bei anderen Massnahmen wird auf die mittlerweile beschlossenen Richtpläne verwiesen, die ja jedoch noch gar nicht umgesetzt sind.

Wir können jetzt bei der Bilanzierung ja nur zur Kenntnis nehmen was vorgelegt wird und nichts mehr daran ändern, deshalb verzichte ich auf weitere Bemerkungen zu den Details dazu. Nur zwei Dinge möchte ich grundsätzlich noch festhalten. Im Bereich Landschaft, Verkehr und Gewässer (insbesondere Chräbsbach) ist es mit den beschlossenen und angekündigten Pla-

nungen nicht getan – es braucht auch da konkrete Massnahmen und vor allem neue Reglemente, z. B. für die Parkplatzbewirtschaftung und die versprochenen Anreize für die Pflege von Natur und Landschaft.

Eine Aussage dieser Bilanz möchte ich bestreiten. Im Zusammenhang mit der Familiengärten-genossenschaft wird gesagt, dass eine Sensibilisierung für biologisches Gärtnern auf anderen Wegen stattgefunden habe und dass entsprechendes Sensibilisieren nicht mehr als Bedürfnis angesehen werde. Dazu nur so viel: Fünf bis zehn Prozent aller so genannten Pflanzenschutzmittel werden in der Schweiz in privaten Gärten eingesetzt, das sind mehr als 2'000 Tonnen Chemie, worunter z. B. die Bienen leiden. Dass es auch ohne diese Chemie geht, zumindest in den privaten Gärten, das weiss man schon längst. Deshalb finden wir es wichtig, dass auch in Zollikofen weiter darauf hingewirkt wird, dass in den privaten Gärten keine Umweltschadstoffe mehr eingesetzt werden. Soviel zur Bilanz, zurück zum Wegweiser.

Gemäss den offiziellen Regeln für Wegweiser gibt ein richtiger Wegweiser Auskunft über Ziele und Zwischenziele und über die Zeit, die man bis dorthin braucht. Und das fehlt im vorgeschlagenen Instrument des Gemeinderats – es ist also gar kein richtiger Wegweiser. Die Leitsätze sind sehr offen und unverbindlich formuliert – zum Teil sind sie so formuliert, dass sie eigentlich nichts mehr oder alles Mögliche aussagen.

Ein Beispiel: „Energie soll sparsam und effizient genutzt werden.“ Gut. „Dazu werden die sparsame und effiziente Nutzung der Energie und der Einsatz von erneuerbaren Energien verstärkt.“ Auch gut. Aber dann heisst es "Erneuerbare Energieträger werden nur „wo sinnvoll“ eingesetzt". Und wir gehen davon aus, erneuerbare Energieträger einzusetzen ist keine Sinnfrage, sondern eine Notwendigkeit, im Hinblick auf die mit dem Postulat vor acht Jahren geforderte Verstärkung des Klimaschutzes. Zum zweiten Themenbereich, der gemäss Postulat verstärkt werden sollte, ist gar nichts zu lesen, das ist die Förderung der Biodiversität.

Immerhin finden wir es positiv, dass sich die Leitsätze weiterhin zur Vorbildrolle der Gemeinde bekennen. Und dass auch private Initiativen unterstützt werden sollen, mit Informationen, Vermittlungen und Dienstleistungen. Wir gehen davon aus, dass diese Aufzählung nicht vollständig ist, dass in begründeten Fällen auch finanzielle Beiträge geleistet werden können. Der Umweltwegweiser, ich sage es jetzt nochmals, zeigt also nicht einmal klar auf, wohin es gehen soll – er gibt die Richtung nur ungefähr an und setzt keine Ziele, keine Termine. Es ist uns ein Rätsel, wie bei einem derart unverbindlichen Instrument dann ein wirksames Umsetzungscontrolling möglich sein soll.

Nur in einem Punkt sagt der Umweltwegweiser klar, wohin es nicht gehen soll, das ist zum jahrelang versprochenen Energiestadt-Goldlabel. Der Gemeinderat begründet das mit den Kosten. 1,5 Mio. Franken, verteilt auf zehn Jahre oder Fr. 150'000.00 pro Jahr. Wenn wir etwas mehr für den Klimaschutz tun wollen, dann müssen wir uns das leisten. Die Gemeinde Ittigen zum Beispiel, mit einer FDP-Mehrheit, die zeigt, wie man es machen könnte. Sie setzt über 4 Mio. Franken aus einer Spezialrechnung, die sie auflösen muss, ein, um damit erneuerbare Energie zu fördern. Das Ziel in Ittigen ist, den CO₂-Ausstoss innerhalb der Gemeinde bis 2030 um 40 Prozent zu senken. „Deshalb wollen wir die saubere Energie noch mehr promoten“, hat der zuständige Ittigger Gemeinderat dazu in den Medien gesagt. Wisst ihr, wer es ist? Philipp Roth, vor gut zehn Jahren noch FDP-Vertreter in der Finanzkommission und im GGR von Zollikofen. Wir hätten es in der Hand gehabt in den letzten Jahren, einen ähnlichen Fonds zu bilden, z. B. mit den 2 Mio. Franken, die wir während vier Jahren zur Verbilligung des Gaspreises ausgegeben haben oder z. B. mit den 7 Mio. Franken, die wir während zehn Jahren zur Verbilligung des Fernsehschauens einsetzen. Ich komme zum Schluss.

Wir können mit diesem Umweltwegweiser nicht zufrieden sein. Aber wir können ihn ja nur zur Kenntnis nehmen, wir können ihn nicht ablehnen. Aber wir können feststellen, dass die Forderungen des Vorstosses zur Aktualisierung in den Punkten 2 und 3 eigentlich nicht erfüllt sind. Von verstärkten Anstrengungen und neuen Schwerpunkten, wie es dort drin heisst, ist nichts zu finden. Zum Klimaschutz und der Biodiversität und vom geforderten „konkreten Massnahmenplan“ für die weitere Umsetzung hat der Gemeinderat bewusst abgesehen. Es wurde begründet warum. Uns überzeugt die Begründung nicht, wir finden das falsch, die Aufgabe ist aus unserer Sicht nicht erfüllt und wir beantragen deshalb, Punkt 2 und 3 des Vorstosses nicht abzuschreiben und hätten auch gerne punktweise darüber abgestimmt.

Stefan Stock (FDP): Bald 20 Jahre ist das Umweltkonzept heute alt und die Zeit vergeht nicht, ohne das Bewusstsein zu verändern. Zumindest bei denen, die nicht in einem Trump-Tower wohnen. Die Gemeinde verfügt heute über genug Instrumente, um den Umweltschancen Nachdruck zu verleihen. Eines davon haben wir und die Gemeinde vor kurzem mit grosser Mehrheit angenommen, das war die Ortsplanung. Trotzdem haben wir noch zwei Fragen:

1. Zum Teilbereich Energie: Kennt die beratende Stelle der Gemeinde die Dienstleistungen der Stromallmend und werden diese den Ratsuchenden auch mitgeteilt?
2. Zum Teilbereich Natur und Landschaft, Seite 9 im Umweltkonzept: Dies scheint der einzige zu sein, der nicht abgeschlossen ist. In der letzten Spalte steht: „Level & Standards sind zu definieren.“ Wer definiert diese wann und wie? Vielen Dank für die Beantwortung. Die FDP-Fraktion begrüsst die Überarbeitung hin zu einem Umweltwegweiser und dankt dem Gemeinderat für die geleistete Arbeit. Wir unterstützen die Abschreibung des Postulats.

Kornelia Hässig Vinzens (SP): Auch wir von der SP nehmen den Umweltwegweiser zur Kenntnis, aber auch nicht mehr als das, unsere Begeisterung hält sich eigentlich auch in Grenzen. Wir nehmen zur Kenntnis, dass offensichtlich unter der momentanen Zusammensetzung des Gemeinderats nicht mehr möglich ist. Die Auflistung der vorhandenen Instrumente, welche wir im Umweltwegweiser finden können, ist zwar spannend und interessant und gibt einen umfassenden Überblick. Aber die einzige Seite mit Leitsätzen löst in uns nicht gerade euphorische Begeisterungstürme aus. Wir können zwar positiv sehen und sagen, "ja, der Gemeinderat hat's geschafft, den ganzen Umweltbereich auf eine Seite Leitsätze zu fokussieren." Wir sehen das nicht ganz so, aber wir gehen den Weg des Möglichen und nehmen den Umweltwegweiser zur Kenntnis. Wie er auf uns wirkt? Lauwarm. Wir sind der Meinung, dass eine Rückweisung keine grossen Verbesserungen bringen wird. Wir anerkennen aber auch, dass in den vorhandenen Instrumenten eigentlich schon viel geregelt ist, dass bereits die Umsetzung der vorhandenen Instrumente einiges bringen wird und dass es noch viel Effort von den zuständigen Gemeinderätinnen und Gemeinderäten benötigen wird. Darum nehmen wir das so an. Mit einem Punkt in den Leitsätzen können wir uns aber partout nicht anfreunden und das ist die halbherzige Erkenntnis zur Energiestadt. Das ist für uns wirklich wichtig, dass die Haltung des Gemeinderats hierzu ein bisschen aktiver werden würde. Deshalb haben wir bereits heute schon einen Vorstoss vorbereitet, welchen ihr gerne mitunterschreiben dürft. Uns ist das Label Energiestadt zu wichtig, als dass wir mit einem Lippenbekenntnis zufrieden wären. Wir werden die Umsetzung im Umweltbereich mit Interesse mitverfolgen, wir geben jedoch unseren Gemeinderätinnen und Gemeinderäten etwas Zeit, um die Richtpläne anzupacken und umzusetzen und wir werden dann einfach dort wo nötig mit neuen Vorstössen oder mit denselben Vorstössen schauen, dass wir den Gemeinderat auf Trab halten und dass das Engagement nicht nachlässt. Wir werden dem Umweltwegweiser zustimmen, wir werden uns bei der Abschreibung des Postulats enthalten und zwar als Zeichen, dass wir eigentlich nicht zufrieden sind. Wir gehen aber wirklich davon aus, dass es jetzt nicht viel mehr gibt als einfach zu warten und zu schauen, was der Gemeinderat die nächsten paar Jahre macht.

Bruno Mosimann (SVP): Langer Rede kurzer Sinn. Das Geschäft Umweltkonzept, Umweltwegweiser hat bereits eine längere Vorgeschichte, 17jährig. Dazu möchte ich es eigentlich unterlassen, vertieft über jeden Schritt noch Stellung zu nehmen. Mehrmals wurde in den Kommissionen debattiert und diskutiert und das hat so einiges ausgelöst. Zum Ziel von Zollikofen, Label Energiestadt. Das Label Energiestadt aufzudrücken ist letztendlich im Jahr 2002 auf einen Anstoss eines Postulats der GFL vorangetrieben worden. Wir haben das begrüsst. Ein Umweltkonzept mit dem Label Energiestadt für Zollikofen zu schaffen ist entstanden, hat in der Zeit von 2002 – 2015 drei Mal zu einem Re-Audit geführt und hat bestätigt, dass dies der richtige Weg sein kann. Letztendlich ist im Oktober des letzten Jahres die Kommission, die übergeordnete Spezialkommission, der Ausschuss des Gemeinderats, ins Leben gerufen worden. Somit möchte ich im Namen der SVP-Fraktion wie auch als involviertes Kommissionsmitglied dem Gemeinderat und dem Spezialausschuss bestens danken für das Schaffen, welches letztendlich zu diesem nachhaltigen Regelwerk Umweltwegweiser beigetragen hat. Auch wurde in der Vergangenheit mehrmals, wir haben es gehört, über die Möglichkeit eines Goldlabels in der Gemeinde Zollikofen debattiert und diskutiert. Das also in den Kommissionen,

welche ganz klar zu einer Ablehnung geführt haben. Das Erreichen eines Goldlabels in Zollikofen ist verworfen worden, da sich Geister gestritten haben wegen Kosten-Nutzen. Und man kann halt im Leben nicht immer alles zu jedem Preis erhalten. Somit wird das vernünftige, normale Energiestadt-Label für Zollikofen weiterverfolgt und angestrebt. Aufgrund der gelungenen Unterlagen dieses Umweltwegweisers unterstützt die SVP-Fraktion das mit Begeisterung und wird dem gemeinderätlichen Antrag zustimmen, zur Kenntnis nehmen und abschreiben.

Andreas Buser (glp): Auch wir von den Grünliberalen nehmen den neuen Umweltwegweiser zur Kenntnis. Wie bei der Mehrheit der Vorredner sind auch wir nur mässig begeistert. Aber ich möchte jetzt die Punkte nicht wiederholen, sondern ich habe hier ein paar Fragen, die sich bei mir noch gestellt haben. Zuerst beim Umweltkonzept auf der Seite 6, VE 3. Da geht es um das Reglement zur Benutzung der öffentlichen Parkplätze. Da würde mich noch interessieren, was der Plan ist, in welchem Zeitrahmen ein Reglement erarbeitet werden soll. Weiter auf Seite 10, Gewässerschutz GS 1. Dort war drin, dass die Stoffverordnung umgesetzt werden soll. Insbesondere geht es um die Durchsetzung des 3-m-Streifens zu den Gewässern, wenn man spritzen will. Und es ist so, die Stoffverordnung, die gibt's schon seit 2005 nicht mehr, nur noch die Nachfolgeverordnung, das ist die Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung. Im Umweltkonzept, theoretisch, wenn man das jetzt weiterführen würde, müsste das drin sein, im Kapitel 5.8, wo die gesetzlichen Grundlagen sind. Das fehlt, dafür würde ich gerne den Grund wissen. Wird es nicht mehr als nötig erachtet oder fehlt es aus anderen Gründen? Zu meiner letzten Frage: Im Umweltwegweiser auf Seite 8, unter dem Kapitel Boden, da wird die Abfallverordnung VVEA aufgeführt. Ich habe mich gefragt, warum die im Kapitel zum Abfall nicht aufgeführt wird.

Vizegemeindepräsidentin Mirjam Veglio (SP): Ich gehe zu den Fragen der FDP. Die erste Frage war, ob die Gemeinde oder die zuständige beratende Stelle die Dienstleistungen der Stromallmend kennt und das den Fragenstellern mitteilen würde. Ich habe mich nicht erkundigt, ob das bekannt ist. Die Stromallmend ist eine Genossenschaft, ein Elektrizitätswerk. Wir sind der Meinung, dass es nicht die Aufgabe der Gemeinde ist, die Leute auf einzelne Sachen hinzuweisen. Die Auskünfte sind mehr im allgemeinen Rahmen und dann wird eigentlich auf die Energieberatungsstelle verwiesen, jedoch nicht auf einzelne Genossenschaften, das wäre eher problematisch. Die zweite Frage war wegen der Massnahme NL 4 auf Seite 9, die offenbar die Einzige sei, die noch nicht abgeschlossen ist und wie, durch wen und wann die Levels und Standards zu definieren seien. Da geht's um die Vorbildfunktion der Gemeinde bei der naturnahen Umgebungsgestaltung wie bei Liegenschaften. Wir beziehen uns in der Bilanz hier auch auf den Richtplan Landschaft, im Sinne von "es ist aufgenommen als Daueraufgabe". Und das haben wir in anderen Punkten auch so gemacht. Also – es ist für uns eine Daueraufgabe aber in der Bilanz drin als abgeschlossen, weil es ja aufgenommen worden ist. Die Levels und Standards werden fallweise bestimmt durch das zuständige Organ, in der Regel ist das der Gemeinderat. Man schaut, worum es geht und definiert anschliessend den Level und den Standard. Soviel zu den Fragen der FDP.

Dann versuche ich die drei Fragen der glp zu beantworten. Die erste Frage betraf das Parkplatzreglement, wann das in etwa entsteht, bzw. etwa in Kraft gesetzt werden kann. Dafür müssen wir immer noch die Genehmigung der Ortsplanungsrevision abwarten und dann ist das sicher ein Inhalt, welcher prioritär angegangen wird. Ich hüte mich davor, irgendein Datum zu setzen, aber so stellen wir uns das vor. Im zweiten Punkt geht es um Gewässerschutz, warum dort eine neue Vorgabe nicht drin ist. Das ist wegen Unkenntnis, wir haben das nicht willentlich unterlassen. Wir nehmen das auf und wenn es dem Sachverhalt entspricht nehmen wir das selbstverständlich noch rein. Und dasselbe eigentlich auch mit der Abfallverordnung. Wir klären es ab und wenn das dort reingehört, nehmen wir das auf. Es ist nicht willentlich, sondern eben Nichtwissen oder zwischen die Stühle gefallen.

Dann möchte ich noch kurz zum Votum von Bruno Vanoni, bzw. zum nicht Abschreiben der Punkte 2 und 3 im Postulat eingehen. Im zweiten Punkt geht es ja darum, dass man Schwerpunkte setzt, also es geht um Biodiversität einerseits und um Klimaschutz. Zur Biodiversität

macht z. B. der Richtplan Landschaft konkrete Aussagen, das ist ein Hauptziel dieses Richtplans. In dem Sinne ist es aufgenommen. Zum Klimaschutz, das ist richtig, machen wir keine Aussagen in dem Sinne. Ich kann höchstens auf den Energierichtplan verweisen. Dort sagt der Gemeinderat ganz bewusst, wir verweisen auf das Kantonale Energiegesetz oder auf Energie Schweiz und die Klimaziele, welche Bund und Kanton verfolgen und der Gemeinderat wird nicht eigene Klimaziele auf lokaler Ebene definieren. Der dritte Punkt des Postulats, da geht's um einen Massnahmenplan, wie man vorwärts gehen will. Da möchte ich eigentlich auch auf die Massnahmenblätter der verschiedenen Richtpläne hinweisen. Die haben konkrete Umsetzungshorizonte; kurz-, mittel- und langfristig und sind verbindlich. Zudem möchte ich zum Prozess der Energiestadt sagen, dass alle 4 Jahre der ganze Massnahmenkatalog durch den Gemeinderat verabschiedet wird. Auch dort gibt's einen konkreten Massnahmenplan und dieser wird wie gesagt alle 4 Jahre wieder neu beurteilt, verabschiedet, Massnahmen definiert. Es hat also viele Massnahmen, einfach nicht im Wegweiser drin.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir kommen zur Abstimmung über das Postulat, welches der Gemeinderat dem GGR vorschlägt, als erledigt abzuschreiben. Wir werden aufgrund des Votums von Bruno Vanoni über die drei Punkte einzeln abstimmen.

Beschluss (mehrheitlich)

Das Postulat Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "10 Jahre Umweltkonzept: Bilanz ziehen und zukunftsweisend aktualisieren" wird als erledigt abgeschrieben.

Abstimmungsergebnisse der Einzelabstimmungen

1. Detailliert Bilanz ziehen über die in den letzten 10 Jahren getroffenen Massnahmen und den Stand der Zielerreichung: 25 Stimmen für die Abschreibung, 0 dagegen.
2. Aufzeigen, in welchen Bereichen die Anstrengungen verstärkt und neue Schwerpunkte gesetzt werden sollen, namentlich im Klimaschutz und bei der Förderung der Biodiversität: 18 Stimmen für die Abschreibung, 7 dagegen.
3. Einen konkreten Massnahmenplan vorlegen für die weitere Umsetzung des Umweltkonzepts und die daraus erforderlichen Bemühungen als Energiestadt in den kommenden zehn Jahren: 15 Stimmen für die Abschreibung, 7 dagegen.

10 1.92.1 Motionen

Motion Monika Flückiger (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Veloverleihsystem auch für Zollikofen"; Erheblicherklärung

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Das Eintreten ist vorgegeben, Die Antwort des Gemeinderats liegt vor.

Monika Flückiger (SP): Ich möchte zuallererst dem Gemeinderat herzlich danken für die sehr ausführliche und gute Antwort auf meine Motion. Wie ihr in der Antwort lesen konntet, sind bereits einige Agglomerationsgemeinden am Planen von Standorten und andere Gemeinden, wie wir auch in den Zeitungen lesen konnten, wie z. B. Bolligen und Bremgarten, sind daran interessiert, um sich eventuell anzuhängen an die Stadt Bern. Wenn man das so ein bisschen anschaut, wir fahren im Moment an der Tiefenaustrasse noch über eine Baustelle. Diese ist allerdings im Sommer beendet und es hat einen breiten Veloweg, 2,6 m auf beiden Seiten und dementsprechend sind wir ab Sommer wieder über die Tiefenaustrasse von Bern her bis nach Zollikofen mit einem Veloweg verbunden. Auf die andere Seite haben wir leider nur ab Steini-bach wirklich einen Veloweg. Aber wir sind eigentlich extrem gut erschlossen und haben einen schönen Veloweg. Weshalb sollten wir das alles als VelofahrerInnen nicht nutzen, wenn auch nur sporadisch. Wenn man nicht ein eigenes Velo hat, sondern im Verleih. Man konnte in den Zeitungen lesen, dass sich die Stadt Bern und einige Arbeitgeber bereits Gedanken machen, Gratis-Abos zur Verfügung zu stellen, so z. B. Tamedia und der Arbeitgeber Stadt Bern. Das heisst also, wenn ich Mitarbeiterin der Stadt Bern wäre, hätte ich ein Gratis-Abo. Ich könnte

nach der Arbeit ein Velo nehmen, zu meiner Kollegin nach Ittigen fahren und dort das Velo wieder abgeben, hätte jedoch keine Möglichkeit, nachher von Ittigen nach Zollikofen zu kommen. Also, ich müsste dann trotzdem wieder über Worblaufen fahren mit den öV. Weshalb wollen wir, als ganz klare Agglomerationsgemeinde, das nicht auch nutzen. Der Betreiber im Moment (es wird wahrscheinlich noch ein zweiter kommen) ist bekannt: PubliBike, mit ihren vielen Standorten in der Stadt Bern. Was man lesen konnte, die Kosten werden hauptsächlich durch PubliBike übernommen. Durch uns oder die Gemeinde müssen vor allem Standorte zur Verfügung gestellt werden. Wenn man es genau liest, auch die Ladestationen wären nicht im Dorf, sondern die sind extern, sie werden über Solarbetriebe gemacht. Allerdings, um das alles zu wissen, wäre es nötig, dass wir mit den Betreibern in Kontakt treten könnten. In der Bilanz zum Umweltkonzept, welches wir ja vorhin zur Kenntnis genommen haben, konnte man lesen, dass im Richtplan Verkehr die Umlagerung ein zentraler Punkt der 3-V Strategie (Verkehr vermeiden, verlagern, verträglich gestalten) ist.

Mit meinem Vorstoss, den ich zu diesem Punkt in ein Postulat umwandeln möchte, könnte der Gemeinderat mit den Betreibern Kontakt aufnehmen und alle wichtigen Informationen einholen. Ich möchte euch aus diesem Grund bitten, das Postulat als erheblich zu erklären für ein Zollikofen, das die 3-V-Strategie lebt und nicht nur auf Papier geschrieben hat. Wie Mirjam gesagt hat, kein Papiertiger. Und mit der Annahme, das möchte ich ganz klar sagen, werden der Gemeinde keine finanziellen Kosten entstehen. Mit diesen Worten möchte ich euch bitten, das Postulat als erheblich zu erklären.

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Entsprechend aufgenommen die Umwandlung der Motion in ein Postulat.

Gemeindepräsident Daniel Bichsel (SVP): Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat, die Motion, welche soeben gewandelt wurde, entgegenzunehmen. Die Begründungen haben wir ja schon gehört, wir sind froh, ist es gewandelt worden. Der Gemeinderat hat es geschrieben, die verbindliche Form der Motion hätte er abgelehnt aber er ist bereit, das zu prüfen und zu schauen, wie sich das realisieren lässt. Mit den Begründungen, welche Monika Flückiger vorhin gesagt hat, mit der 3-V-Strategie und so weiter. Kurz zusammengefasst, der Gemeinderat ist bereit, das Postulat anzunehmen.

Marco Bucheli (SVP): Wir haben es gehört, die Motion wird umgewandelt in ein Postulat. Das begrüßen wir, das ist gut so. Weil, sonst hätte sich der Gemeinderat zu etwas verpflichtet, was er noch gar nicht kennt. Ich behaupte, in diesem Saal hätte dem niemand von uns zugesagt, wenn wir den Umfang und die Kosten gar nicht kennen. Hingegen können wir von unserer Fraktion grossmehrheitlich das Postulat so entgegennehmen und dann kann der Gemeinderat das prüfen. Es gibt verschiedene Veloverleihsysteme, auch ausserhalb der Schweiz, solche die funktionieren und solche, die nicht funktionieren. Dort wo es nicht funktioniert siehts dann eher aus wie ein Alteisenhaufen oder wenn es dann wäre, dass mit Kleinbussen die Velos wieder an den Standort zurückgeführt werden müssten, geht's ökonomisch und wirtschaftlich auch nicht auf. Aber wenn es funktioniert ist es gut. Ich selber fahre auch Velo, fast täglich, und wenn das System "verhet" und logistisch gut ist, dann begrüßen wir das auch. Und übrigens noch zum Schluss, von Ittigen nach Zollikofen fährt ja jetzt neu die Linie 41, welche ich selber auch schon mehrmals benutzt habe.

Marcel Remund (FDP): Beim vorliegenden Anliegen handelt es sich um einen klassischen Wunschbedarf. Man muss bedenken, es wäre eine Übernahme einer freiwilligen Gemeindeaufgabe, wenn wir das durchführen würden. Einen allgemeinen Nutzen bezweifle ich und ob ein breites Interesse oder ein Bedürfnis entsteht ist auch nicht ausgewiesen. Es kann nicht Sache des Steuerzahlers sein, solche Einzelinteressen zu finanzieren. Die FDP-Fraktion wird deshalb auch das Postulat nicht erheblich erklären. Es ist klar, dass der Wandel hin zu neuen Mobilitätsformen stattfindet. Dazu braucht es jedoch keine staatliche Unterstützung für ausgewählte Projekte, bzw. einzelne Firmen. Gute und den Bedürfnissen entsprechende Mobilitätskonzepte werden sich im freien Markt durchsetzen. Es ist daher fatal, wenn sich der Staat anmasst, da steuernd und finanziell einzuwirken. Nebst den ordnungspolitischen Bedenken ist

eine Weiterverfolgung dieser Idee auch aus finanzieller Sicht nicht verantwortbar. Die finanziellen Aussichten lassen keine neuen Ausgaben zu.

Marceline Stettler (GFL): Die Grünen fahren gerne und viel Velo. Das wisst ihr ja sicher. Weil, wer selber "tschalpet", tut gleichzeitig etwas für die eigene Gesundheit. Und wer nur auf 2 Rädern unterwegs ist, steht wenigstens nicht im Stau wie die Vierrädrigen. Nur schon deshalb sind wir diesem Vorstoss gegenüber positiv gesinnt. Ein mitentscheidender Grund ist sicher, dass auch Nachbargemeinden an einer Ausweitung eines solchen Veloverleihsystems interessiert sind. Seit heute Abend wissen wir, dass auch Bolligen und Bremgarten dabei wären. Dies sind alles Gemeinden in vergleichbarer Situation wie Zollikofen, nämlich Anstössergemeinden der Stadt Bern. Das ist eine Grundbedingung.

Zugegeben, im Moment sind die Verhandlungen noch nicht soweit, es weiss niemand so recht, wie es dann funktioniert und was das kostet. Wie stellen sich das zum Beispiel Ittigen, Bremgarten und Ostermundigen vor. Aus diesem Grund haben wir Verständnis dafür und finden es auch gut, dass man das jetzt in ein Postulat umgewandelt hat. Der Gemeinderat hat jetzt die Chance zu verhandeln und das abzuklären. Wichtig ist einfach für uns, dass Zollikofen von Anfang an dabei ist und das Interesse schon jetzt anmeldet. Aus diesem Grund werden wir zustimmen.

Toni Oesch (fdU): Wenn wir das Postulat nicht annehmen, ist noch nichts festgelegt. Ich mache einfach darauf aufmerksam, dass Velofahren und E-Bike-fahren zweierlei ist. Vorgesehen ist ja, dass 50 Prozent der Verleihvelos E-Bikes sein sollen. Und in der Stadt ist es auch so, sie dürfen dort zwar nur 25 km/h fahren, aber die anderen E-Bikes fahren natürlich schneller. Es wurde noch gesagt, wie es aussieht bei der Tiefenaustrasse. Das ist ja wunderbar, aber hier in Zollikofen haben wir engere Quartierstrassen, verwinkelt. Und die E-Biker heutzutage kommen schon sehr gefährlich daher, können kaum mehr bremsen, sie missachten den Rechtsvortritt und so weiter. In der Statistik über Unfälle ist das nirgends erwähnt. Wenn wir das Postulat annehmen möchten, müssten wir über alles informiert sein. Ich mache darauf aufmerksam.

Beschluss

Das Postulat Monika Flückiger (SP) und Mitunterzeichnende betreffend "Veloverleihsystem auch für Zollikofen" wird erheblich erklärt. (26 Stimmen für Erheblicherklärung, 6 dagegen)

11 1.92. Parlamentarische Vorstösse

Parlamentarische Eingänge

- Motion Kornelia Hässig (SP) betreffend "Zollikofen strebt die Goldauszeichnung des Trägervereins Energiestadt an!"

GGR-Präsident Markus Bacher (FDP): Wir sind am Schluss der Sitzung. Wie immer sind wir froh um gehaltene Voten in schriftlicher Form per Mail. Das macht das Leben einfacher für die Protokollführerin. Die nächste Sitzung findet am 30. Mai 2018 statt, bis dahin eine gute Zeit, die Sitzung ist beendet.